

**Mitteilung**  
**der Regierung der Bundesrepublik Deutschland**  
**an die Europäische Kommission**  
**vom 25. April 2012**

Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 258 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)

hier: Richtlinie 2006/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über die Vorratsspeicherung von Daten, die bei der Bereitstellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste oder öffentlicher Kommunikationsnetze erzeugt oder verarbeitet werden, und zur Änderung der Richtlinie 2002/58/EG

**- Verfahren Nr. 2011/2091 -**

Bezug: Schreiben der Europäischen Kommission vom 26. März 2012 (SG-Greffe(2012)D/5218)

Die Bundesregierung beehrt sich, unter Bezugnahme auf ihre Mitteilungen vom 15. August 2011 und 23. Dezember 2011 der Europäischen Kommission Folgendes mitzuteilen:

I.

Innerhalb der Bundesregierung wird gegenwärtig in Vorbereitung einer zeitnahen Kabinettdiskussion der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Sicherung vorhandener Verkehrsdaten und Gewährleistung von Bestandsdatenauskünften im Internet abgestimmt. Die Abstimmung erfolgt auf Grundlage des der Kommission mit Mitteilung vom 23. Dezember 2011 übersandten Diskussionsentwurfs. Sobald das Bundeskabinett einen Regierungsentwurf beschlossen hat, wird die Bundesregierung die Kommission darüber informieren und einen Zeitplan für die parlamentarischen Beratungen übermitteln.

II.

Die Bundesregierung wird die Europäische Kommission unaufgefordert über die weiteren Verfahrensschritte informieren und steht für Fragen jederzeit zur Verfügung.